

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 7

Artikel: Die Schweiz vor der Neuordnung Europas. Teil I
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158969>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz vor der Neuordnung Europas.

Von Jann v. Sprecher.

I.

Wir stehen in den entscheidungsvollsten Wochen dieses Krieges. Stalingrad bedeutet im Grunde nichts anderes als die Waage, auf der die Zukunft Europas ausgewogen wird. Diejenige der beiden Schalen, die das Schicksal am Ende mit dem größeren Gewicht belastet, wird sich, erst langsam, aber stetig, dann schneller, zu senken beginnen. Im Grunde sind das wohl die 80 Tage des britischen Produktionsministers Pyttelton. Schon will sich der Blick leise lösen von den Schrecknissen des Kriegsgeschehens, die unsere Augen bisher fest in ihrem Bann hielten, und er gleitet allmählich über den Krieg hinaus in die Nachkriegszeit, wo sich Probleme aufzutürmen beginnen von einer Größe, aber auch von einer Schwere, wie sie Europa und der Welt vielleicht noch nie beschieden waren. Sie erwarten und erfordern den entschlossenen und mutigen Einsatz von uns allen.

Deshalb ist nun heute die Stunde da, wo Positionen bezogen werden müssen. Dies umso mehr, als die beiden kriegführenden Gruppen, gerade in der jüngsten und allerjüngsten Zeit bedeutend verstärkt, und zuweilen in besonders dezidiertester Weise, sich mit der Darlegung ihrer Kriegsziele befassen, nachdem sie — dies gilt besonders für die Koalition der Demokratien — noch bis vor Kurzem diese Perspektiven, oft ungewollt, meist gewollt, in reichlich verschwommenen Umrissen zu Tage treten ließen. Diese Tatsache, und dazu die Feststellung, daß der Krieg nun wohl in seine härteste Phase eintreten wird, da er zwar vielleicht nicht seinem Ende zustrebt, aber einer prinzipiellen Entscheidung mit raschen Schritten näherrückt — diese Umstände mögen für das kleine Land inmitten des umstrittenen Kontinents, das vielleicht schneller als Viele glauben auch seinen strategischen Brennpunkt zu bilden bestimmt ist, die Notwendigkeit erweisen, wieder einmal eine Zwischenbilanz zu ziehen. Und keine Gelegenheit wäre günstiger als diese, auch wieder einmal einige grundsätzliche Feststellungen zu treffen.

Und noch ein weiteres wollen diese Darlegungen. Sie sollen klar und eindeutig darüber Auskunft geben, welche Stellung diese Zeitschrift einnimmt zu den großen Problemen, die sind und die kommen werden, zumal in den grundlegenden Fragen unserer auswärtigen Beziehungen, wie in einzelnen und bestimmten Sektoren

dieses Bereiches. Mag nun darüber bis heute da oder dort eine gewisse Unsicherheit bestanden haben — am Ende unserer Darlegungen wird sie nicht mehr bestehen. Am Ende unserer Darlegungen weiß der Leser, was diese Zeitschrift will und was sie nicht will; was sie mit ihrer Arbeit fördert und was sie mit Entschlossenheit bekämpft. Die Unabhängigkeit des Landes kennt keine Klauseln und erträgt keine Variationen — entweder man bekennt sich zu ihr oder man bekennt sich nicht zu ihr. Daß diese Zeitschrift entschlossen ist, hier ganze Arbeit zu leisten, darauf können sich beide verlassen: die Freunde — und die Gegner.

Unter den Kriegszielen, die von den beiden kriegsführenden Parteien mit besonderer und wachsender Betonung herausgestellt werden, befindet sich stets wieder die Neuorganisation des europäischen Kontinents. Seitdem das „europäische Gleichgewicht“ durch den Ausgang des letzten Weltkrieges zer schlagen wurde, hat es eine Auferstehung nicht wieder erlebt. Der Versuch des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Wilson, an die Stelle dieser ausgewogenen Machtgewichte die „Kollektive Sicherheit“ zu setzen, scheiterte gründlich. Inzwischen ist Frankreich durch die verlorenen Schlachten und den Zusammenbruch des Sommers 1940 in derart weitgehendem Maße niedergeschlagen worden, daß es seine Stellung als europäische Großmacht und damit als Faktor des europäischen Gleichgewichts in geraumer Zeit nicht wieder wird erlangen können, gleichgültig, welches der Ausgang dieses Krieges sein wird. Damit wird aber auch dieses Gleichgewicht selbst, das uns kaum denkbar erscheint ohne ein starkes Frankreich — obwohl auch ganz andere Kombinationen grundsätzlich möglich sein könnten —, vorerst der Geschichte angehören. Es ergibt sich daraus die Folgerung, daß die Partei — oder diejenige Macht —, der am Ende dieses Krieges der Sieg zufallen wird — ein Verständigungsfriede rückt mehr und mehr aus dem Bereich der Wahrscheinlichkeit —, den europäischen Kontinent nach eigenem Willen und nach eigenem Gutfinden wird organisieren können. Dies freilich mit dem Vorbehalt, daß sie sich, wenigstens im großen Ganzen und nach der rein grundsätzlichen Linie der Organisation, der freien Zustimmung der Völker Europas, ihrer freiwilligen und allein damit auch positiven, allein damit auch freudigen Mitarbeit wird versichern können. Es ist unlängst bei der Prüfung dieser Probleme mit vollem Recht betont worden, daß Europa — im Gegensatz beispielsweise zu Asien — in seiner Geschichte immer mannigfaltig gewesen ist; denn es ist das Land der nationalen Individualitäten, die Heimat der vielen Kleinen und nicht der unterschiedslosen Gesamtmasse. In diesem aus Tradition und Bekenntnis tief verwurzelten Selbständigkeitsempfinden der Völker Europas liegt auch der Grund, weshalb der letzte große Versuch, den europäischen Kontinent mit den Mitteln der aus einer Re-

volution geborenen Macht zu unterwerfen, der Versuch des großen Kaisers der Franzosen, sich selbst in einem großen Reich Europa aufzuzwingen, damals in allen seinen Teilen gescheitert ist. Gewiß hat sich seit jenen Tagen manches vollzogen; im Innern zersplitterte Nationalstaaten haben sich, wie Deutschland und Italien, geeint; allein anderseits konnte der Zerfall der Donaumonarchie in seiner Bedeutung gerade deshalb nicht übersehen werden, weil er — als plastisches Gegenstück zum Erfolg jener nationalen Einigungen — den Beweis leistete, daß künstliche Zusammenfassung dessen, was eben auf natürlichem Wege nicht zusammenstrebt, in Europa kaum mehr dauerhaft sein konnte, wo sich, immer stärker, die Völker im Laufe der Entwicklung ihrer nationalen Individualitäten bewußt wurden. Diese Entwicklung, welche die Geschichte Europas seit jenem großen Versuch der „Vereinheitlichung“ durch den Willen der Macht vor bald 150 Jahren genommen hat, ist im Ganzen und in ihren einzelnen Stadien eindeutig.

Von Bedeutung in ganz besonderem Sinne muß hier freilich das letzte Stadium erscheinen, das durch die Bildung der zahlreichen Nachfolgestaaten nach der Auflösung der Donaumonarchie, auf Grund der Friedensverträge nach Abschluß des letzten Weltkrieges, gekennzeichnet wurde. Allein es ist nun eben gerade dieser letzte Bereich, in dessen Entwicklung das Verhängnisvolle, einerseits einer Übersteigerung grundsätzlich bestehender Ansprüche, anderseits einer bedenklichen Inkonssequenz in ihrer Durchführung, zum Ausdruck gekommen ist. Denn die Staategebilde, die in Mittel- und Osteuropa auf Grund der Ordnung des Versailler- und verwandter Verträge gebildet wurden, waren zu wesentlichen Teilen nicht Nationalstaaten völkischer Einheit, sondern solche völkischer Mehrheit und völkischer Minderheiten. Es besteht heute gerade in England, wo man sich der stark ausschlaggebenden eigenen Verantwortung für diese Verträge durchaus bewußt ist, im wesentlichen Einmütigkeit darüber, daß die so bezeichneten Nachfolgestaaten, was ihre räumliche Spannung über den Bereich teilweise erheblicher völkischer Minderheiten betrifft, den Keim schwerster innerer Konflikte von Anfang an in sich trugen, daß ihre Schaffung also, so wie sie geschehen, ein Fehler gewesen ist. Mehr noch: man weiß, wie sehr diese andauernden Konflikte in fortschreitendem Maße auch das zwischenstaatliche Geschehen belasteten, und es wird heute wohl nirgends mehr verkannt, daß diese Verhältnisse zu einem erheblichen Teile, wenn auch keineswegs ausschließlich, den Ausbruch des Weltkrieges verursacht haben, dessen Zeugen wir sind. Die verantwortlichen britischen Staatsmänner haben es deshalb bewußt vermieden, sich den exilierten Vertretern dieser Staaten gegenüber im Hinblick auf eine Neuordnung des Kontinents über den Rahmen allgemeiner Zusicherungen hinaus zu binden, was die Wiederaufrichtung ihrer Länder betrifft. Hier ist eine deutliche Zurückhaltung, und zwar als politische Linie, aus der Er-

kenntnis ehemals begangener Fehler, unverkennbar; ebenso die innere Geschlossenheit in dieser politischen Linienführung: die Linie geht hier einheitlich fort von der Gruppe des verstorbenen Chamberlain und Sir John Simon's, über Churchill-Eden bis zu den Vertretern der Labourpartei.

Von diesen Vorbehalten wird jedenfalls auszugehen sein, wenn man die grundsätzlichen Perspektiven betrachtet, unter denen — um vorerst diese kurz zu betrachten — nach angelsächsischer Planung die Neuordnung Europas erfolgen soll. Was nun diese Planung selbst anbelangt, so liegt hier an wirklich positivem und einigermaßen schlüssigem Material einzig die Atlantik-Charta vom 14. August 1941 vor. Allein auch diese hält sich in allen Teilen, also auch bezüglich der rein politischen Planung, in allgemeinen Wendungen, denen nun freilich der Wille zu entnehmen ist, die Völker in Freiheit, in freier Bestimmung ihres Schicksals, in freier Bestimmung ihrer inneren Organisation leben zu lassen.

Art. 2. Sie (Großbritannien und die Vereinigten Staaten) streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der beteiligten Völker übereinstimmen.

Art. 3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entzogen worden sind.

Sieht man von den Irrtümern und Fehlern ab, die bei der Neuordnung des Kontinents unter dem Regime des Versailler- und verwandter Verträge begangen worden sind, die ihrerseits schließlich viel weniger auf angelsächsische Initiative, als auf angelsächsisches Laissez-faire gegenüber Frankreich zurückgeführt werden müssen — übrigens die einzige Perspektive, die heute mit Gewißheit ausgeschlossen werden kann —, so läßt sich nicht bestreiten, daß eine solche gedankliche Planung durchaus den Traditionen der britischen Politik gegenüber dem Kontinent entspräche, wie sie sich mehrfach — übrigens mehr als einmal auch zu Gunsten unseres Landes (Palmerston!) — bestätigt fanden. Dabei spielte und spielt es für die so mit der Freiheit ihrer Bestimmung bedachten oder in dieser Freiheit belassenen Völker eine untergeordnete Rolle, aus welchen Motiven England sich bisher zu solcher Einstellung bekannte. Der tragende Grundsatz britischer Politik gegenüber dem Kontinent war und ist auch all' diesen Völkern keineswegs so unbekannt geblieben, wie man anderorts glauben machen will. Allein wer möchte es ihnen verargen, daß für sie nicht in erster Linie die aus der imperialistischen Konzeption der britischen Reichspolitik gesetzten machtpolitischen Bausteine dieses Grundsatzes maßgebend waren, als vielmehr seine Auswirkungen für sie selbst? Gewiß: vielleicht dachten sie weniger kontinental als in einem weiteren Sinne europäisch. Allein sie erfreuten sich dabei ihrer Freiheit. Und das wiegt unendlich schwerer als jedes Dogma.

Die angelsächsische Planung würde also vorsehen, daß der europäische Kontinent in seiner individualistischen Vielfalt grundsätzlich bestätigt, bezw. wiederaufgerichtet werden soll, wobei wir, bei der Würdigung der Planung der einen wie der anderen kriegsführenden Partei, eben von der Annahme ausgehen, daß diese oder die andere Partei in der Lage sein wird, auf Grund der Tatsache des gewonnenen Krieges souverän zu bestimmen. Nun wäre freilich die wichtigste Entscheidung auf diesem Gebiete dann vorerst einmal die Entscheidung über das Schicksal des oder der Gegner. Allein es ist gerade hierüber bei der angelsächsischen Planung wenig zu erfahren. Abgesehen von der Bestimmung in der Atlantik-Charta, daß auch der Gegner an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung gerechterweise teilhaben soll, ist darüber nichts bestimmt. Auch läßt sich aus der öffentlichen Meinung in den angelsächsischen Ländern über diesen Punkt wenig Positives vernehmen. Und doch wäre gerade hier ein Wissen um die wirklichen Pläne besonders wertvoll, zumal für die Schweiz als Nachbarland der dann zumal betroffenen kriegsführenden Partei; denn daß gerade diese Pläne uns selbst, direkt oder indirekt, in unseren Lebensbedingungen tief betreffen werden, darüber sollte bei uns vorteilhaft schon heute nirgends ein Zweifel bestehen. Allein das Fehlen bestimmter Anhaltspunkte, in allgemeiner und besonderer Beziehung, läßt die Beschränkung auf diesen kleinen Hinweis für heute ratsam erscheinen, dessen entscheidungsvoller Hintergrund uns immerhin allen Anlaß geben mag, daß wir die Augen und die Ohren wachsam offen halten.

Daß aber im allgemeinen die angelsächsische Planung stark durch die Erfahrungen beeinflusst wird, die sich aus den bei der letzten Neuordnung des Kontinents zu Ende des vergangenen Weltkrieges begangenen Fehlern zwangsläufig ergaben, steht außer Zweifel. Diese Tatsache läßt sich immer dann feststellen, wenn Organe der angelsächsischen öffentlichen Meinung sich ihre Nachkriegsplanung vornehmen. Dabei bewegen sich ihre Vorbehalte gegenüber der im Grundsätzlichen individualistisch geplanten Neuordnung des Kontinents — und es sind deutliche Vorbehalte — stets aus jenen Erfahrungen nach einem ganz bestimmten Ziel. Und hier nun erscheinen die unter dem offenbar weitgehend bestimmenden Einfluß der britischen Regierung nach teilweise sehr beträchtlichen Hemmungen zustande gekommenen Abkommen im östlichen Raum des Kontinents bezüglich der großen Zielsetzung ziemlich eindeutig. Wir nennen hier nur das Abkommen zwischen den Exilregierungen Polens und der Tschechoslowakei für einen Bezirk, zwischen denen Griechenlands und Jugoslawiens in einem anderen. Der Inhalt dieser Abkommen bezweckt eine Vereinigung früherer Differenzen, und als solcher wäre er nicht unbedingt besonderer Beachtung wert. Allein darüber hinaus soll nach dem Willen der britischen Regierung Größeres vorbereitet werden, nicht nur eine Abstimmung von Gegensätzlichkeiten in wirtschaftlicher Beziehung, sondern die Ausschaltung rein politischer Reibungs-

punkte durch allianzähnliche Verträge, die, wenigstens im ersten Falle — Polen/Tschechoslowakei — in letzter Linie fast einer „Zusammenlegung“ der Staaten gleichkommen soll. Man erkennt daraus das Bestreben Englands, frühere Reibungspunkte, die zum Teil von so schweren Konsequenzen gefolgt waren, ein für allemal auszuschalten, und dies unter Umständen auch unter teilweisem Verzicht auf die grundsätzlich verkündete Respektierung der nationalen Individualismen. Nun verdienen solche Bestrebungen zweifellos die Beachtung aller Völker dieses Kontinents, auch wenn sie nicht in den östlichen Räumen des Erdteils wohnen. Denn niemand könnte sich vermessen, gegebenenfalls kommende Entwicklungen im voraus zu erkennen, Intensität und Umfang des Gefalles abzuschätzen, das ihnen naturgemäß innewohnt. Dabei ist auch stets zu bedenken, daß, sollte die angelsächsische Planung eines Tages zur Realität werden, die Palme des Sieges ihren Urhebern zufallen, sie wohl kaum ein Europa vorfinden werden, wo das Läuten der Friedensglocken die Menschen nach der Qual langer Jahre in höherem Sinne über sich selbst erhebt, als vielmehr einen Kontinent der Rache und Vergeltung, der Vernichtung und des Zusammenbruchs. Wer kennt die Entschlüsse, die dann rasch handelnd eingreifen werden? Werden sie mehr britisch — aus der größeren Kenntnis — oder mehr amerikanisch — aus der geringeren Kenntnis des Kontinents — gefaßt werden?

Wie weit aber werden sie russisch sein? Es konnte nicht unbeachtet bleiben, als in jüngster Zeit in einigen Äußerungen aus englischen Linkskreisen angeregt wurde, das Europa der Nachkriegszeit in zwei Einflusssphären abzuteilen: eine westliche, die den Angelsachsen, und eine östliche, die Rußland zugewiesen würde. Was müßte dies wohl für den Kontinent bedeuten? Gewiß: nun sind wir ja alle seit vierzehn Monaten immer wieder neu erstaunte, immer wieder stärker erschütterte Zeugen des unermesslichen Heldentums, der die Völker Rußlands, der ihre Armee beseelt. Und viele unter uns befehen sich mit einem eigenen Gefühl diese sogenannten „Kenner“ des bolschewistischen Rußland, die uns aus vielleicht wohlbegründeten subjektiven Ressentiments größerer oder geringerer Intensität heraus ihre sogenannten „objektiven Berichte“ und Voraussagen zusammenbrauten, die wir alle kennen und die heute ihre gewiß wohlmeinenden Urheber nur noch mit einem Gähnenfranz wohlklingender Lächerlichkeit bedenken können. Allein das vermag den Beobachter, der sich schließlich im Interesse seines eigenen Landes zu keiner andern Einstellung als der einer nüchternen Abwägung gegebener Tatsachen zu bekennen vermag und es ablehnt, sich in unklare Sentimentalitäten treiben zu lassen, nicht abzuhalten von der Erkenntnis, daß auch heute in diesem wiederum auch seelisch als so gewaltig erwiesenen Rußland nicht ein Engel in Menschengestalt, nicht die personifizierte Wohltat

unserer Zeit regiert, sondern das Haupt der Komintern, der Träger der bolschewistischen Idee, der Totengräber freien menschlichen Seins: Stalin. Es sind uns kürzlich völlig einwandfreie Berichte zugegangen über die Zustände, die in den baltischen Ländern bei der Besetzung durch die Russen im Jahre 1940 eintraten, über die russischen Maßnahmen während der Dauer dieser Besetzung und über die Bedingungen und Verhältnisse, die beim Rückzug der Russen während des Feldzuges des Sommers 1941 geschaffen worden sind. Gewiß wollen diese Dinge zu Kriegszeiten anders betrachtet werden, obwohl schließlich doch daran zu erinnern wäre, daß nach der offiziellen russischen Darstellung die baltischen Staaten im Jahre 1940 nicht ungerufen betreten, sondern auf einmütiges Verlangen ihrer Völker „in Schutz genommen“ wurden. Andererseits wäre nun freilich in Rechnung zu stellen, daß in diesen Kriegszeiten auch von anderer Seite nichts weniger als zimperlich verfahren wird und daß die so in Anspruch genommenen Gebiete durch die Russen letzten Endes ebenfalls im Interesse der eigenen Kriegsführung — einer damals noch virtuellen — zu „besetzten Gebieten“ gemacht worden sind. Allein das Bild, das sich hier ergab, ist dermaßen eindeutig, daß auch bei aller Zurückhaltung im Urteil gesagt werden muß: es ist eben wieder der alte revolutionäre Terror gewesen, es ist eben wieder die alte Linie da, die 1917 begann und noch nicht endete und nicht enden will: Ausrottung der sogenannten besitzenden Klassen, Ausrottung der Intellektuellen, der Ärzte, Lehrer, Professoren, Rechtsanwälte, Ausrottung der „bürgerlichen“ Offiziere und der Beamtenschaft. Und wir möchten nun durchaus der Meinung Ausdruck geben, daß jener Mann, der im Laufe des vergangenen Sommers in einer bedeutenden Zeitung unserer Linken dieses unglückliche Wort geschrieben hat von der Perspektive, „wenn einmal die Russen ihre Pferde im Bodensee tränken“, wohl weder diese Perspektive noch die angeschlossenen Hypothesen beschworen hätte, wären ihm diese Dinge wirklich bekannt gewesen. Man sagt uns, Rußland sei anders geworden. Der Bolschewismus von heute sei nicht mehr der Bolschewismus von gestern. Gelüstet es die Herren vielleicht, dies am eigenen Leibe auszuprobieren? ... Ja: wir wissen wohl um jene halb sentimentale, halb weinerliche, immer kurzsichtige, jedenfalls aber schauderhaft leichtfertige und mehr als naive Stimmung, die in gewissen Kreisen unseres Volkes umgeht, wenn von Rußland und über Rußland die Rede ist. Weil wir aber überzeugt sind, daß auch jene Männer der Linken, die sich an gewissen Perspektiven laben zu müssen glauben, doch wieder in einer Front mit uns stehen werden, wenn im Ernst der heutigen — man täusche sich nicht! — oder späterer Tage die Unabhängigkeit des Landes auf dem Spiele steht, möchten wir ihnen nicht wünschen, daß ihre Hypothesen dereinst zur bitteren Realität erwachsen.

Ein Volk aber, das entschlossen ist, seine Unabhängigkeit, aber auch

seine Neutralität, selbst um den Preis der größten und höchsten Opfer, zu bewahren, wird eben bei der Betrachtung der kommenden Dinge zweckmäßig keine Eventualität auslassen, sondern alle Möglichkeiten rechtzeitig, ruhig und selbstbewußt in's Auge fassen. Das hindert nicht die Feststellung, daß eine Realisierung jener Anregungen, wie sie in Kreisen der englischen Linken gemacht worden sind, unter verschiedenen Gesichtspunkten in hohem Maße unwahrscheinlich anmutet. Weder die Traditionen des englischen Volkes noch vor allem die realen Interessen des britischen Reiches vermögen für eine solche Lösung zu sprechen, und das zweite Motiv gilt in gleicher Weise auch für die Vereinigten Staaten. Letzten Endes freilich wird es einfach eine Machtfrage unter den Alliierten sein. Im übrigen aber hat dieser Krieg schon so viele seltsame Wendungen, so viele Überraschungen gebracht, daß auch das Unwahrscheinliche nicht unbedingt immer unwahrscheinlich bleiben muß. Je sorgfamer nun und je ruhiger wir wirklich alle Möglichkeiten abwägen, desto besser vermögen wir unserem Lande zu dienen. Über allem jedoch soll stehen unsere feste, durch nichts zu erschütternde Entschlossenheit, unsere Unabhängigkeit, unsere Neutralität, die Freiheit unseres Handels, unseres Willens, unserer künftigen Gestaltung fortzutragen durch die Kriegszeit, zu bewahren gegenüber Jedem aber auch dann, wenn die Stunde kommt, da die Bauleute emsig an's Werk gehen, ein neues Europa zu bauen. Denn wir alle wollen dannzumal mit Eifer mithelfen; allein nur das eiserne Beharren auf der Unabhängigkeit unseres kleinen Landes vermag uns hiefür die freie Initiative zu sichern.

Im Vergleich zu einer nicht wohl zu bestreitenden angelsächsischen Problematik in Bezug auf die europäische Gestaltung der Nachkriegszeit — immerhin ist die angelsächsische Haltung eindeutig eben in dem einen Punkt, daß sie grundsätzlich den großen und den kleinen Völkern das Recht zur freien Bestimmung ihres Schicksals zuspricht — tritt die Planung der Achsenmächte weitgehend klar und deutlich umrissen heraus. Ihr Programm ist das „Neue Europa“. Propagandistisch und publizistisch verfochten wird es vornehmlich von der deutschen Seite, während freilich die italienische hier unverkennbar eine gewisse Zurückhaltung erkennen läßt, oder, z. B. im Sektor der wirtschaftlichen Nachkriegsplanung — wie der nachfolgende Aufsatz von Prof. Köpfe dartut — zu gewissen Teilen ihre eigenen Wege zu gehen versucht.

Nun ist einmal eines klar — und dies trifft für beider Kriegsparteien Zielsetzungen zu —, daß diese ganze Nachkriegsplanung, solange der Krieg selbst in vollem Gange ist, ganz im wesentlichen und an erster Stelle durchaus propagandistischen Zwecken zu dienen hat. Hier aber hat es die angelsächsische Seite bedeutend leichter als die andere, und zwar aus verschiedenen Gründen. Denn einmal hat sie ihr Programm — aus

den einschlägigen Artikeln der Atlantik-Charta, die wir zitiert haben, erhellt dies eindeutig — erst in seinen Umrissen skizziert, sodaß ihr zahlreiche Möglichkeiten einer propagandistischen Bearbeitung in Varianten zur Verfügung stehen. In diesen Bereich gehört beispielsweise die zweifellos geschickte und propagandistisch gut erfaßte Formulierung, die kürzlich der amerikanische Unterstaatssekretär Berle verbreitete, und wonach dieser Krieg überhaupt kein Krieg sei zwischen Nationen, sondern der Kampf zwischen Humanität und Gewalt, zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Zwang und Freiheit. (Lebhaft erinnert man sich des letzten Weltkrieges.) Vergleicht man damit das Postulat der „Neuen Ordnung“ in Europa, so findet sich hier alles Wesentliche bereits weitgehend festgelegt, und es besteht sehr wenig Spielraum für variable Abwandlungen, die doch in den Bezirken der Propaganda geradezu unentbehrlich sind; denn die Völker möchten nicht immerfort dasselbe in derselben Formulierung hören, sondern wieder einmal etwas anderes. Das größere Handicap zu Ungunsten der deutschen Propaganda für das „Neue Europa“ liegt jedoch noch lange nicht in der deutlichen Zeichnung und den scharfen Konturen des Begriffes, sondern vielmehr auf einem ganz anderen Gebiete. Wir hegen stets große Bewunderung für die Leistungen des Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Propaganda, wie übrigens für die glänzenden Eigenschaften ihren Leiters, des Reichsministers Dr. Goebbels, der nicht nur die Kunst der Rede in ihren feinsten Nuancierungen, in Tonfall und Formulierung beherrscht wie kein Zweiter im deutschen Sprachgebiet, sondern auch die Feder mit einer Meisterschaft führt, um die ihn zumal der Deutschschweizer beneiden muß, dessen Bemühungen auf diesem Gebiete gegenüber den teils fein und scharf geschliffenen, teils wie Honigseim sich einträufelnden Formulierungen immer wieder in einem Stadium einer vielleicht irgendwie traditionellen Schwerfälligkeit stecken bleiben wollen — besonders wo es um gewisse Begriffe geht. Allein es will uns scheinen, als würde hier die nationalsozialistische Propaganda vor eine Aufgabe gestellt, die schließlich auch dem größten Könner das Veto des Unlösbaren entgegensetzen muß. Denn das Deutsche Reich hat unter dem Zwang der militärischen Bedingungen auf dem Kontinent durch eigene Handlungen vorläufig Tatsachen gesetzt — im Interesse seiner Kriegsführung wohl setzen müssen —, die zu den Hoffnungen der Völker Europas in einem notwendigerweise eben nicht zu lösenden Widerspruch stehen. Wir sagen: vorläufig. Für uns besteht nämlich kein Zweifel darüber, daß das kommende „Neue Europa“ in den Augen zahlreicher deutscher Menschen als ein zwar nach Außen, nach Asien wie gegenüber der gesamten angelsächsischen Gruppe, in England und in Übersee, nach Möglichkeit autonom und autark, also von „fremden“ Einflüssen und Abhängigkeiten frei gemachter Kontinent leben und bestehen, jedoch in der inneren Organisation, bei freilich eindeutig deutscher Führung, seinen Gliedern die größtmögliche Selbst-

ständigkeit und Selbstbestimmung gewähren soll. Gewiß ist in den Augen dieser vielen deutschen Menschen das Gegenwärtige nichts anderes als ein notwendiger, weil unumgänglicher Übergang, ein eben aus den bitteren Notwendigkeiten der Kriegsführung geborenes Zwischenstadium, das nur für die Zeit des Krieges bestehen und keinen Tag länger bleiben soll. Allein was vermag das alles zu nützen? Die Völker Europas sehen vorerst das bittere Heute und nicht das bessere Morgen der Gutgesinnten. Man sage uns nicht, daß eine solche Haltung aus Mißgunst geboren sei und Unverstand, daß sich hinter ihr nichts anderes verberge als Abneigung, ja Feindseligkeit. Es ist nicht wahr, daß die neutralen Völker Europas dem deutschen Volke feindselig gesinnt sind. Wer das behaupten wollte, der täte ein großes Unrecht. Allein was unser Schweizervolk betrifft: das kann es nicht verstehen, daß man von ihm verlangt, es solle sich einem „Neuen Europa“ einordnen, das als solches heute ja noch gar nicht besteht, es solle sich einem Gebilde gegenüber „positiv einstellen“, von dem es einstweilen nur erkennen kann, daß es, aus dem Kriege geboren, heute wenigstens — das soll einmal einer bestreiten! — zu nichts anderem bestimmt ist, als den Zwecken der einen kriegsführenden Macht zu dienen. Verlangen wir denn wirklich zu viel, wenn wir angesichts dieser nun einmal nicht wegzubefehlenden Tatsachen hier um etwas Nachsicht bitten? Es mag sehr wohl möglich sein, daß „das kommende neue Europa ein Gebilde darstellen“ wird, das „seinen Teilnehmern und Nutznießern entschieden mehr Vorteile als Nachteile bieten wird“, wie Herr Dr. Goebbels in seinem Artikel im „Reich“ (4. Oktober) geschrieben hat. Es mag weiter sehr wohl möglich sein, daß „das neue Europa einen Fortschritt und keinen Rückschritt darstellt“. Auch darf man ruhig, wie es Herr Dr. Goebbels tut, an unseren gesunden Menschenverstand appellieren; sagt er aber weiter, er hielte „es für gut, wenn man in besagten Hauptstädten mehr Flug und Weisheit als Hitzigkeit und Voreingenommenheit wäre“, so mag er uns immerhin gestatten, hierauf zu bemerken, daß es für einen neutralen Staat eben gerade das einzige Kluge, das einzige Weisheit bedeuten muß, wir möchten sogar sagen: überhaupt das einzige Mögliche sein kann, daß er Zurückhaltung übt, sich nicht einläßt auf Kombinationen, die zwangsläufig durchaus kriegsbedingt erscheinen, weil sie mitten im Kriege ja gar nicht anders als kriegsbedingt sein können, und sich eben nicht einer Voreingenommenheit befleißigt, die ihn unweigerlich in das Lager der einen Kriegspartei treiben müßte. Am Schlusse seines im Geschick der Formulierung und in dem so anmutig dahinfließenden Strom der stets wohlgesetzten Worte nicht zu übertreffenden Aufsatzes, der sich insbesondere „die Leitartikler in Stockholm und Zürich“ vornimmt, schreibt Herr Dr. Goebbels, er sage „der Einfachheit halber“ gleich voraus, daß „man uns auch diesmal in besagten Hauptstädten wahr-

scheinlich wieder gründlich mißverstehen“ werde. „Man versteht uns dort schon sehr gut, aber leider will man uns nicht verstehen“.

Leider, so möchten wir dazu sagen, verstehen wir Verschiedenes tatsächlich nur zu gut. Ein uns wohlbekannter Verfechter der deutschen These des kommenden Europa, Herr Dr. jur. E. H. Bockhoff, gewissermaßen ein „Spezialist auf dem Gebiete der Neutralitätsprobleme“, der schon vor Beginn des Krieges in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ gegen unseren Begriff der „Staatsneutralität“ und für die „Gesinnungsneutralität“ eintrat, hat kürzlich in der „Brüsseler Zeitung“*) wieder von sich hören lassen. Seine Ausführungen, die unter dem Titel: „Die Neutralität, Folgen und Ende einer Betrugskomödie“ im August dieses Jahres erschienen sind, erscheinen wie eine besondere Begleitmusik zu den Worten des Herrn Dr. Goebbels. Bockhoff spricht von dem „Ende der Neutralität“:

„Aber das Ende der Neutralität“ — so sagt er — „ist nicht das Ende der Neutralen; ihre Befreiung von falschen Titeln und Verstrickungen ist nicht ihr Unglück, sondern ihr großes Glück! Mit diesem Kriege geht das Jahrtausend der kleinräumlichen Idylle zur Reize. Wenn sie das begreifen, ist es ihr Glück. Denn es war ihr Irrtum, daß sie es nicht begriffen! Das kleine Europa kann sich keinen heterogenen Partikularismus mehr leisten... Wir werden zu großen Zusammenschlüssen kommen, und wer da aus der Reihe tanzt, wird im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt zur Ordnung gerufen werden. Der große Irrtum der Neutralen“ — so sagt Bockhoff — habe in folgenden drei Punkten bestanden: „Erstens in einer falschen Einschätzung der objektiven Zeitverhältnisse und Bedingungen der Gegenwart; zweitens darin, daß man nicht begreifen wollte, daß die neutrale Epoche zu Ende ist und daß nicht die Frage der Neutralität, sondern die anfänglichere der bisherigen Existenz der Kleinstaaten schlecht hin gestellt wird, daß es also nicht um idyllische Souveränitäts- und Neutralitätsfiktionen und Illusionen, sondern um fundamentale Existenzpositionen geht...“

Herr Dr. Goebbels wird mit uns der Ansicht sein, daß hier tatsächlich nichts mehr mißzuverstehen ist.

* * *

Der verstorbene Berner Professor Walter Burdhardt hat im Jahre 1914, also zu Beginn des letzten Weltkrieges, im „Politischen Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft“ ausgeführt, daß der dauernd neutrale Staat nur auf sich selbst vertrauen darf und darauf verzichten muß, bei den Kriegführenden Rückendeckung zu suchen. Die Ausführungen, die wir eben wiedergaben, mögen uns in ihrer ganzen Plastik vor Augen führen, in wieviel größerem Maße, in wieviel gefährlicherem Grade die Stellung des neutralen Staates heute, im vierten Jahre des gegenwärtigen Weltkrieges, bedroht ist. Nicht allein um die Neutralität geht es — es geht

*) No. 216 und 217 vom 6. und 7. August 1942.

nun um die Existenz. Da aber bleibt dem kleinen Volke gewiß nur Eines: fest auf sich selber vertrauen, den Schild der Neutralität blank halten in dem stolzen Bekenntnis zu unserem Weißen Kreuz, wie in dem Dienst und Opfer im Geiste des Roten Kreuzes, aber mutig und unerschrocken Jedem entgegentreten, der unsere Neutralität, der unsere Existenz als selbständiger Staat bedrohen will.

Wer aber die wenigen Sätze des Publizisten Bockhoff aufmerksam liest, den werden sie noch in einem weiteren, in einem ganz allgemeinen Sinne nachdenklich stimmen. Wohl kennen wir die Pläne der Kriegführenden zur Neuordnung Europas in ihren großen Zügen; allein es könnte doch niemand sich vermaßen, die Entwicklungen zu übersehen, die unserem Kontinent nach dieser schwersten Prüfung beschieden sein werden, wenn einmal der letzte Schuß gefallen ist. Nur eines wissen wir bestimmt: die tapferen Soldaten, die im heldenmütigen Kampfe ihr Leben einsetzten, die in der heißen Wüste Libyens, in den eisigen Stürmen des russischen Winters geradestehen mußten, wenn sie wußten: in ihrem Rücken, weit weg, werden ihre Heimstätten vielleicht zur selben Stunde unter den Schlägen der Bomben zusammengeschlagen — diese Menschen sind hart geworden wie Stahl. Aber auch die Daheimgebliebenen: die Londoner, die Kölner, die Düsseldorfer, die sind auch hart geworden — härter als die Zürcher! Darauf können wir uns verlassen: wenn dann die Stunde kommt, da dieses zerschlagene Europa neu aufgebaut werden soll, da wird nicht lange gefackelt, und die zu leicht befunden werden, sind dann schneller ausgeschieden, als sie selbst es sich versehen. Trachten wir denn darnach, selber hart zu werden, wenn uns die Existenz unseres Landes lieb ist — vor allem aber: Niemals verlasse sich das kleine Land auf die Großen, stets nur auf sich selbst. Denn wenn die Würfel fallen werden über die Neuordnung Europas, da wird das kleine Land die Berechtigung seiner Existenz gegenüber diesen Völkern, die durch das Schwerste gegangen sind, erst noch zu erweisen haben — zu erweisen haben ganz aus eigener Kraft, ganz durch die eigene Tat. Und da wird uns keiner helfen.

Wieweit wir heute aus dem Gesichtspunkt unserer inneren Lage solche Perspektiven zu beurteilen haben und welche Entschlüsse zur Sicherung des inneren Sektors gegebenenfalls gefaßt werden müssen, soll Gegenstand eines zweiten Aufsatzes sein.

(23. Oktober 1942.)